

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 7 (1966)

Heft: 23

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ORMIG

Umdruckmaschinen
für Arbeitsvorbereitung, Fakturierung
Betriebsdisposition



Kleinoffsetpresse
für gleichzeitigen Schön- und Widerdruck

f. hofstetter + co. bern
Effingerstrasse 6, Telefon 031 257525

Jugoslawien

Ein Verbot wird angefochten

Was geschieht in Jugoslawien, wenn eine verbotene Zeitschrift das Verbot einfach nicht anerkennt und weiter erscheint? Dass es überhaupt zu einer solchen Fragestellung kommen kann, zeigt an, wie weit sich die geistige Autoritätskrise in diesem Land bereits konkret auswirkt.

Bei der verbotenen Zeitschrift handelt es sich um «Praxis», Monatsorgan der kroatischen Philosophiegesellschaft. Ihre unorthodoxe Diskussionsoffenheit hat schon seit einiger Zeit in der jugoslawischen Öffentlichkeit Aufsehen und in Parteikreisen Aergernis erregt. Die Redaktion besteht zum Teil aus KP-Angehörigen, zum Teil aus parteilosen Marxisten, fühlt sich aber auf jeden Fall nicht sonderlich verpflichtet, ihre philosophischen Debatten auf den Ton der jeweils geltenden Zentralkomitee-Beschlüsse abzustimmen. «Praxis» war immer mehr zu einem Forum geworden, wo Begriffe wie «Marxismus», «Sozialismus», (das jugoslawische System der) «Selbstverwaltung» usw. mehr persönlich als parteigebunden gedeutet wurden. Das führte zu einer schwelenden Krise mit der Parteileitung, sei es die kroatische in Zagreb, sei es die jugoslawische in Belgrad.

Nun ist es in Jugoslawien, ganz abgesehen von der Frage um die Gründung einer von Mihajlov beabsichtigten «oppositionellen» Zeitung, auch in den letzten Jahren hin und wieder zum Verbot von Zeitschriften gekommen.

Man möchte sich also fragen, ob gegen die aufässige «Praxis» in analoger Weise eingegriffen würde. Freilich ist diese Zeitschrift, die auch fremdsprachig in internationalen Ausgaben erscheint, so bekannt, dass ein polizeiliches Vorgehen unliebsames Aufsehen erregt hätte. So verzichtete man auf diesen Weg und wählte einen andern: Der Vorstand der kroatischen Philosophiegesellschaft beschloss (oder wurde zum Beschluss veranlasst), das Erscheinen von «Praxis» einzustellen.

Was aber nun geschah, war offensichtlich nicht vorausgesehen worden. Die Redaktion weigerte sich ganz einfach, den Beschluss des Vorstandes anzuerkennen. Dieser Rebellion schloss sich lediglich Chefredakteur Danilo Pejovic nicht an, der seinen Rücktritt nahm. Die übrigen Redaktionsmitglieder jedoch beriefen sich darauf, dass sie ihr Mandat nicht vom Vorstand, sondern von der Generalversammlung der kroatischen Philosophiegesellschaft erhalten hätten, und diese allein sei dafür zuständig, über das Erscheinen der Zeitschrift zu befinden. Ein entsprechendes Schreiben an den Vorstand wurde

gleichzeitig der Presse zur Verfügung gestellt, so dass die Polemik öffentlich ausgetragen wird. Der Vorstand selbst stellt sich auf den Standpunkt, er könne keine Kompetenzverhandlungen mit Redaktoren führen, die abgesetzt seien, und lehnt einfach die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung ab.

Ihrerseits hat die Redaktion von sich aus nicht im Sinn, klein beizugeben, und will es offensichtlich auf ein polizeiliches Eingreifen ankommen lassen, das ihre Gegner eben hatten vermeiden wollen. Sie hat bekanntgegeben, dass sie die nächste Nummer der fremdsprachigen Ausgaben vorbereite und auf jeden Fall erscheinen lassen werde. Herausgeber sei nach wie vor die kroatische Philosophiegesellschaft und nicht deren Vorstand. Die Frage der weiteren Herausgabe ist damit «noch nicht ganz aus der Welt geschafft worden».

Zu dieser Angelegenheit sind zwei Punkte hervorzuheben. Einmal ist festzuhalten, dass man in Jugoslawien auf unliebsame Meinungsäußerungen noch immer mit Schließung von Zeitschriften reagiert, selbst wenn diese — freilich auf unorthodoxe Art — durchaus einem kommunistischen Weltbild verpflichtet sind. Der jugoslawische «Liberalismus» hat also sehr wohl seine Grenzen, auch wenn man das nicht immer einsehen will.

Zum andern aber zeigt die blosse Möglichkeit, dass man ein faktisches Verbot öffentlich zurückweisen kann, welch überraschenden Spielraum die «kleine Freiheit» in konkreten Fällen zulässt. Auch ist es bezeichnend, wie viele Leute es heute darauf ankommen lassen, genau herauszufinden, wo der kritische Punkt liegt. Mihajlov ist hier nur der bekannteste, aber keineswegs der einzige «Tester». Von grösster Wichtigkeit ist dabei das neugewonnene Gefühl für Legalität, auf die sich jede faktische Opposition beruft. Hier hat man in Jugoslawien tatsächlich Aussichten, die in den kommunistischen Ländern herkömmlicher Art nicht bestehen.

In der UdSSR kommt es etwa laufend vor, dass das Zentralkomitee Beschlüsse fasst, die statutengemäß nur dem Parteikongress zu stehen würden. Aber es ist völlig undenkbar, dass die Gültigkeit solcher Beschlüsse in der sowjetischen Öffentlichkeit deswegen angezweifelt würden. In Jugoslawien ist die Rechtsstaatlichkeit sicherlich noch keine Selbstverständlichkeit. Aber der Bürger kann sich (mehr oder weniger behindert oder unbehindert) auch dann auf ihre Prinzipien berufen, wenn sie im konkreten Fall den herrschenden Parteiinteressen zuwiderlaufen. Und das ist von grosser (auf lange Sicht vielleicht entscheidender) Wichtigkeit.

«Entwicklungs-hilfe»

Als «nationales Unglück» bezeichnete die ceylonische Zeitschrift «Janahita» die mit Sowjethilfe gebaute Stahlfabrik. Statt wie vorgesehen im nächsten Jahr, wird der Produktionsbeginn vielleicht

noch ein Jahrzehnt auf sich warten lassen. Ein Wasserreservoir barst, bevor es in Betrieb genommen werden konnte, und die sowjetischen Ingenieure haben die Betonfundamente für schwere Maschinen so unzureichend berechnet, dass sie schon unter ihrem Eigengewicht absackten, noch ehe die Maschinen installiert waren. «Die Arbeitersiedlungen hatten kein besseres Schicksal», berichtete die ceylonische Zeitschrift. «Der Bau einer Zufahrtsstraße aus Beton wurde abgebrochen, und die noch unbewohnten Häuser haben schon Risse. Das ganze Unternehmen ist eine grossangelegte Geldverschwendungen».

«Sammlung für Vietnam»

Die von der SED in Ostdeutschland organisierte Vietnam-Propaganda und die zahlreichen Appelle an die Bevölkerung, für die Vietcong zu spenden, hat die mehrfach vorbestrafte Betrügerin Ingeborg Schwinning ausgenutzt. Die Betrügerin hatte auf Papierbogen die Worte «Sammlung für Vietnam» geschrieben und in Cottbus seit April dieses Jahres «für Vietnam» in die eigene Tasche gesammelt. Zahlreiche Cottbuser hatten der Betrügerin, die sich bei ihren Sammlungen als Beauftragte der Volksolidarität und einer von ihr erfundenen «Freien Aktion» ausgab, Barbeiträge zwischen 5 und 50 Mark gespendet.

Wie die Kriminalpolizei in Cottbus mitgeteilt hat, besteht der dringende Verdacht, dass die Frau auch in anderen Städten des Bezirkes «für Vietnam» gesammelt hat.

Rückgang der Realeinkommen in Ungarn

In Ungarn ist die öffentliche Meinung der anhaltenden Teuerung wegen alarmiert. Einem Bericht der parteiamtlichen Tageszeitung «Nepszabadság» zufolge stehen gegenwärtig bei vielen Parteiversammlungen die jüngst erfolgten Erhöhungen der Konsumentenpreise im Mittelpunkt der Diskussionen. Oft werde festgestellt, dass das Leben «teurer» geworden, wobei sich vorwiegend jene beklagen, die von der neuen Preisregelung ungünstig betroffen wurden». Denn während einerseits die Preiserhöhungen die gesamte Bevölkerung betroffen hätten, seine andererseits die Einkommensverhältnisse nur für einen Teil der Familien verbessert worden.

Im gleichen Sinne kommentiert das Gewerkschaftsorgan «Nepszava» die kürzlich erfolgte Erhöhung der hauptstädtischen Straßenbahn- und Autobustarife. Als Beispiel führt sie die Lage in der Baumwoll-Druckerei in Kelenföld, einem Budapest-Vorort an, wo seit den Tariferhöhungen eine steigende Abwanderung der Arbeitskräfte eingesetzt hat. Wie der Gewerkschaftssekretär des Betriebes einem Reporter der Zeitung mitteilte, haben nur 36,6

Prozent der Belegschaft eine Lohnerhöhung von monatlich 70 bis 80 Forint erhalten, die aber nicht einmal ausreicht, um die erhöhten Straßenbahmkosten zu decken, die im Durchschnitt von 48 auf 95 Forint im Monat angestiegen sind. Am ärgersten sind — immer laut «Nepszava» — jene Arbeiter betroffen (im konkreten Fall zirka 60 Prozent der Belegschaft), die keine Lohnerhöhung erhalten haben. Die Arbeiterinnen verdienten nach wie vor monatlich nur 1100 bis 1200 Forint (zirka 200 Franken) und seien folglich von der Verdoppelung der Verkehrskosten hart betroffen.

Um das Plansoll zu erfüllen und das Einkommen zu erhöhen, müssen Überstunden geleistet werden, die eine volle zweite Schicht, das heißt acht Stunden, umfassen. «Ich weiß», sagte der Gewerkschaftssekretär, «dass dies gesetzwidrig und auch gesundheitsschädig-

lich ist», doch die Arbeiter selbst wollen es so, weil sie für Überstunden höhere Tarife ausbezahlt bekommen.

Nach dem Bericht der Zeitung herrscht auch in vielen anderen Betrieben der Hauptstadt eine ähnliche Lage. Sie führt letzten Endes häufig zu Nervenzusammenbrüchen wegen Überarbeitung, eine Erscheinung, die besonders in der Textilindustrie an der Tagesordnung sei.

Ex-Nazis in der Sowjet-Akademie

Während einer Feierstunde in der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin wurden den drei Professoren Peter-Adolf Thiessen, Werner Hartke und Günther Rienäcker von Botschafter Abramow die Diplome für ihre ihnen bereits im

Neues vom neuen System

In der Sowjetunion hat das Zentralkomitee der Partei im Oktober den Betrieben wiederum eine größere Bewegungsfreiheit gewährt.

Das geschah dadurch, dass die Zahl der zentral ausgegebenen Vorschriften herabgesetzt wurde. Der Abbau der sogenannten Plankennziffern bedeutet allerdings nicht, dass Entscheidungsfreiheit in der Produktion besteht. Vielmehr werden noch eine Reihe wichtiger Fragen nach wie vor zentral geregelt. Insbesondere sind das: Gesamtumfang der absetzbaren Produktion; Qualitätsbestimmungen; Gesamtkonfidenz; Gewinn und Rentabilität; Abführungen an Staatshaushalt und staatliche Subventionen; Höhe der zentralisierten Investitionen; Umstellung auf neue technische Grundlage; Rohstoffversorgung. Dazu unterstehen besonders wichtige für den Export bestimmte Produkte völlig den zentralen Vorschriften.

Von Wichtigkeit ist aber, dass auch die zentrale Beurteilung der Tätigkeit der Betriebe auf neuen Grundlagen erfolgt. Die vorher als entscheidend betrachtete Kennziffer «Bruttonproduktion» wird durch die Kennziffer «Realisierung der Produktion» ersetzt, worunter zu verstehen ist, dass künftig neben dem Umfang der Produktion auch die Absatzfähigkeit der Erzeugnisse und ihre Qualität berücksichtigt werden. Ebenso wird das bisherige Kriterium «Selbstkosten» durch die neue Kennziffer «Gewinn und Rentabilität» ersetzt. Dabei wird der Gewinn als Gesamtbetrag des Bilanzgewinns aufgefasst, die Rentabilität als

Prozentsatz des Gewinns zum Wert der Arbeitsmittel, der Rohstoffe und Materialien. Sowohl Gewinn als auch Rentabilität werden zentral festgelegt.

Im neuen Wirtschaftssystem ist auch dem materiellen Anreiz eine wesentlich größere Rolle zugedacht. Der dazu benötigte Fonds wird aus gewissen Teilen des Gewinns und aus jenem Teil des Lohnfonds gespeist, der auch bisher für Prämienleistungen vorgesehen war. Die Höhe dieser Gewinnteile ist zentral geregelt. Ganz neu in dieser Beziehung ist die sogenannte Jahresprämie, die sich nach der Beschäftigungszeit in den betreffenden Betrieben richtet.

Am 1. Januar 1966 wurden 43 Industriebetriebe verschiedener Wirtschaftszweige mit rund 300 000 Beschäftigten auf das neue System umgestellt. Im April dieses Jahres folgten 200 weitere Betriebe. Laut sowjetischen Berichten arbeiteten Ende September 1966 bereits 673 Unternehmungen mit insgesamt zwei Millionen Angestellten nach dem neuen System. Die bisherigen Erfolge sind zufriedenstellend, denn im allgemeinen konnten die betreffenden Fabriken ihre Pläne übererfüllen. Noch bis zu diesem Jahresende soll die Umstellung auch in der tabak- und teeverarbeitenden Industrie, ab 1967 ferner im Transformatorbau, in den Trikotagefabriken und in der Aluminiumindustrie durchgeführt werden.

RITEX YOUNG STYLE

Ein Spitzenerzeugnis der YOUNG-STYLE-Kollektion. Körpernah geschnittener Anzug aus reiner Wolle. Der Veston: schmale Revers, langer Rückenschlitz, weit offener Kantenabstich, untere Partien leicht godet. Die Hose: hüfteng, unten in «forme cigarette». Farben: Biscotte-Fond mit Karo-Streifen in Indian-Brown.

Bezugsquellenachweis durch RITEX AG Qualitätsbekleidung 4800 Zofingen

Februar verliehene Mitgliedschaft in der Akademie der Wissenschaften der UdSSR übergeben. Zwei der ausgezeichneten Wissenschaftler standen im Frühjahr dieses Jahres im Blickpunkt der Öffentlichkeit, weil sie massgeblich an dem Kesseltreiben gegen Professor Havemann beteiligt waren. Professor Hartke als Präsident der sowjetischen Akademie der Wissenschaften und Professor Rienäcker als Generalsekretär leiteten am 24. März dieses Jahres die Abstimmung, die statutenwidrig zum Ausschluss Havemanns aus der Akademie führte.

Bei der Auswahl der neuen Mitglieder für die sowjetische Akademie ist noch bemerkenswert, dass es sich bei zwei der ernannten um Persönlichkeiten handelt, die bereits im Hitlerreich eine Rolle gespielt hatten. Professor Hartke trat der NSDAP am 1. 5. 1937 bei; er fungierte als Blockleiter. Während des Krieges tat er als Hauptmann unter anderem Dienst in einer Aussendienststelle der Abwehr bei Stahnsdorf bei Berlin.

Professor Adolf Thiessen, Ehrenpräsident des Forschungsrates Ostdeutschlands, hatte schon am 9. 3. 1925 den Weg zur Nazipartei gefunden. Nach seinem Austritt im 18. 1. 1928 war er dann der NSDAP am 1. 5. 1933 wieder beigetreten. Während des Krieges leitete er die Fachsparte allgemeine und anorganische Chemie im damaligen Reichsforschungsrat.

In Kürze

Der jugoslawische Parlamentspräsident Kardelj fand großes Lob für die Privatbauer des Dorfes Starap (Provinz Vojvodina), die im vergangenen Jahr den größten Maisertrag pro Hektar in Jugoslawien produziert haben. «Mit euren Ergebnissen habt ihr nicht nur euch selber geholfen», sagte Kardelj, «sondern auch der Gesellschaft. Nach meiner Meinung hat euer Beispiel eine große moralische und politische Bedeutung und Ausstrahlungskraft.» Dass die Bauern auf privater Grundlage am besten produzieren, wird auch in andern kommunistischen Ländern häufig festgestellt; nur wird diese Sachlage dort nicht belobt, sondern kritisiert.

*
Ein 5,567 Kilogramm schwerer Goldklumpen wurde in der sibirischen Grube Swetly (Gebiet Irkutsk) gefunden. Den Rekord hält allerdings noch immer jener Goldklumpen, der nicht weit vom jetzigen Fundort Ende vorigen Jahrhunderts gefördert wurde und 26 Kilogramm wog.

In der «Prawda» von Bratislava, der Tageszeitung der slowakischen KP, wird über einen neuen Status für die Slowakei diskutiert. Befürwortet wird eine Art föderalistische Lösung auf Grund von Gleichberechtigung von Tschechei und Slowakei.

OVOMALTINE

um mehr zu leisten!

warm

kalt

frappé